

Caritas-Kritik: „Pflegekassen und Kommunen tun nichts“

**Aufbau der geplanten Pflegestützpunkte kommt nicht voran/
Caritas bietet Partnerschaft für Pflegenetzwerke an**

Die Caritas in NRW hat Kommunen und Pflegekassen Untätigkeit beim Aufbau der sogenannten Pflegestützpunkte vorgeworfen. Nach der Reform der Pflegeversicherung hätten Kassen, Kommunen und Sozialministerium gemeinsam die Einrichtung von landesweit 170 solcher Beratungsstellen versprochen. „Getan hat sich in NRW bisher so gut wie nichts“, kritisierte der Essener Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes am Rande einer Fachtagung in Köln.

Dem nordrhein-westfälischen Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) warf die Caritas vor, unter dem Druck von Bundespolitik und Pflegekassen eingeknickt zu sein und die bestehenden und erfolgreich arbeitenden Beratungsstrukturen der Wohlfahrtsverbände zu übergehen.

Der Bedarf an Unterstützung, Begleitung und Pflege für ältere Menschen werde in den kommenden Jahren rapide zunehmen. Die Finanzierung sei gesichert, der Aufbau von 170 Pflegestützpunkten sei von der Politik beschlossen. „Und? Es geschieht erst einmal nichts: Kommunen und Pflegekassen lassen offensichtlich die Hände im Schoß liegen“, kritisierte Meiwes.

Die Caritas in NRW fordert, dass die Pflegestützpunkte schleunigst aufgebaut werden. Gleichzeitig bietet der Wohlfahrtsverband erneut an, die Caritas-Träger mit ihren Diensten und Einrichtungen als „adäquate Partner“ im Netzwerk der geplanten Pflegestützpunkte einzubinden.

Es gebe unter den vorhandenen Angeboten für alte Menschen eine ganze Menge möglicher Andockpunkte für die zu schaffenden Pflegestützpunkte, betonte Meiwes. So betreibe allein die Caritas rund 420 Dienste der Offenen Altenhilfe, 300 Pflege- und Sozialstationen, mehr als 79 Tagespflegeeinrichtungen sowie rund 780 stationäre Alteinrichtungen in NRW.

Zentrale Anlaufstellen zur Unterstützung und Betreuung sind angesichts der steigenden Anzahl älterer und pflegebedürftiger Menschen dringend erforderlich. Im Jahr 2025 wird der Anteil der über 60-Jährigen bei 32 Prozent der Bevölkerung liegen (2008: 25 Prozent).

Meiwes forderte eine „fachlich qualifizierte personelle Besetzung“ für die Pflegestützpunkte. Die Caritas beobachte mit Sorge, dass praxisfremde und unzureichend qualifizierte Mitarbeiter der Pflegekassen und Kommunen aus anderen Arbeitsfeldern intern in die Pflegestützpunkte verschoben werden sollten. Die Finanzierung aus den Mitteln der Pflegeversicherung dürfe aber nicht „in irgendeiner Bürokratie versickern“, warnte Meiwes. ◀ *M. Lahrmann*



Meiwes neuer LAG-Vorsitzender

Andreas Meiwes, Direktor des Caritasverbandes für das Bistum Essen, ist von der Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen zum neuen Vorsitzenden für die Amtszeit 2010/2011 gewählt worden.

Meiwes löst turnusgemäß den noch bis zum Jahresende amtierenden Vorsitzenden Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen, ab.

Der 1962 in Essen geborene Volljurist Andreas Meiwes ist verheiratet und Vater eines zehnjährigen Sohnes. Von 1992 bis 1998 war Meiwes juristischer Dezentent des Katholischen Büros NRW. Seit dem 1. 1. 1999 ist er Diözesan-Caritasdirektor in Essen. Dem Hauptausschuss der Freien Wohlfahrtspflege in NRW gehört Meiwes seit 1999, dem Vorstand seit 2000 an. ◀

„Caritas in NRW – AKTUELL“
ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Sozial un(d)gerecht

Tagung zur Bundestagswahl nahm Menschen am Rande in den Blick

Vor einer tief greifenden Spaltung der Gesellschaft und einem zunehmenden Politikverdrossen hat der Aachener Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders gewarnt. Der Boom von Suppenküchen, Kleiderkammern und Tafeln sei ein Indikator für wachsende Armut und soziale Ausgrenzung, sagte Schröders auf einer Dialogtagung zur Bundestagswahl in Aachen.

Der Diözesan-Caritasdirektor warnte vor den mittel- bis langfristigen Folgen: Ausgrenzung und Exklusion verhinderten, dass unsere Gesellschaft sich in einem breiten Konsens auf der Basis unseres Grundgesetzes weiterentwickle. „Ein gut funktionie-

renden Sozialstaat und Demokratie gehören deshalb wie die zwei Seiten einer Medaille untrennbar zusammen und fordern auch unser anwaltschaftliches Engagement“, rief Schröders. Ganz im Sinne der Jahreskampagne ging es bei der Tagung um „Menschen am Rande“. Neben dem Aachener Bundestagskandidaten und Landtagsabgeordneten Rudolf Henke (CDU) und dem Grünen-Sozialpolitiker Markus Kurth, Bundestagsabgeordneter aus Dortmund, diskutierten die ehemalige Familienministerin und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) und der Soziologe Heinz Bude. Engagiert und nachdrücklich rief Rita Süßmuth dazu auf, den gesellschaftlichen Ausschluss von

ganzen Gruppen nicht hinzunehmen. „Sonst wird die Ungleichheit galoppieren“, mahnte sie. Als „falsch“ bezeichnete sie den Fatalismus des Sozialstaats, einen bestimmten Teil der Gesellschaft verloren zu geben. „Menschen lassen sich nicht nur unter dem Ge-



Rudolf Henke (inzwischen in den Bundestag gewählt), Heinz Bude, Diözesan-Caritasdirektor Burkard Schröders, Rita Süßmuth und Markus Kurth (v. l.) bei der Dialog-Tagung der Aachener Caritas

sichtspunkt der Ökonomie bewerten, man muss auf Langzeiterfolge setzen“, kritisierte sie mit Hinweis auf die Hartz-IV-Gesetze. Süßmuths Schlussappell: „Ich möchte Sie ermutigen, politisch zu werden.“

Skeptisch beurteilte der Kasseler Soziologe Heinz Bude („Die Ausgeschlossenen“) die Chancen, soziale Gegensätze zwischen der Mitte der Gesellschaft und den Menschen am Rande auszugleichen: „Wir werden auf eine ungleichere Gesellschaft zusteuern. Diese Dynamik ist nicht aufzuhalten.“ Wichtig sei, festzuhalten an der „Idee der gerechten Anstrengung“. Zwei Botschaften an die Gesellschaft: „Jeder kann sich wieder aufrichten.“ Und die zweite: „Wir können auf niemanden verzichten.“ ◀

Die Zahl der Ablehnungen durch die Krankenkassen stieg um 14 Prozent. Am stärksten stieg die Ablehnungsquote im Verhältnis zu den gestellten Anträgen bei der Techniker Krankenkasse von 21 auf 31 Prozent, bei der BEK von 26 auf 35 Prozent. „Hier wird offensichtlich versucht, auf dem Rücken kurbedürftiger Mütter gesetzliche Ansprüche auszuhebeln“, so Lüttig. Die Zahl der Widersprüche gegen die Ablehnung von Kuranträgen stieg im ersten Halbjahr 2009 um elf Prozent. Jeder zweite Widerspruch hat Erfolg. ◀

Deutlicher Einbruch

Kassen lehnen wieder mehr Mutter-Kind-Kuren ab

Als Alarmsignal wertet der Vorsitzende des Landesausschusses des Müttergenesungswerkes, der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, den Rückgang der Vermittlungszahlen bei Mutter-Kind-Kuren in NRW. Im ersten Halbjahr 2009 wurden 1 209 Mütter und Kinder weniger in Kuren vermittelt als im Vorjahreszeitraum. Dies ist ein Minus um sieben Prozent.

Die Zahl der Ablehnungen durch die Krankenkassen stieg um 14 Prozent. Am stärksten stieg die Ablehnungsquote im Verhältnis zu den gestellten Anträgen bei der Techniker Krankenkasse von 21 auf 31 Prozent, bei der BEK von 26 auf 35 Prozent. „Hier wird offensichtlich versucht, auf dem Rücken kurbedürftiger Mütter gesetzliche Ansprüche auszuhebeln“, so Lüttig. Die Zahl der Widersprüche gegen die Ablehnung von Kuranträgen stieg im ersten Halbjahr 2009 um elf Prozent. Jeder zweite Widerspruch hat Erfolg. ◀

(cpd)

Wohlfahrtsverbände kritisieren Abbau von Notfallpraxen

Die Wohlfahrtsverbände in NRW haben die geplante Schließung von Notfallpraxen heftig kritisiert. Den Abbau von 123 der bislang 178 Notfallpraxen in NRW hatte die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe beschlossen.

„Die schnelle und unkomplizierte Erreichbarkeit einer Notfallpraxis an Wochenenden und Feiertagen ist für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen von großer Bedeutung“, sagte der Vorsitzende der LAG Freie Wohlfahrtspflege, Wolfgang Altenbernd. Zum einen sei die Mobilität dieser Personengruppen oft sehr eingeschränkt und zum anderen bedürften gerade sie aufgrund ihrer oft kritischen körperlichen und psychischen Grundverfassung besonders schneller Hilfe. Altenbernd warf der Kassenärztlichen Vereinigung vor, die Interessen und Bedürfnisse der Patienten zu übergehen. ◀

Mehr Aufnahmeplätze für irakische Flüchtlinge gefordert

Essen – Für eine „deutliche Ausweitung des Aufnahmeprogramms für irakische Flüchtlinge“ hat der Diözesanadministrator des Bistums Essen, Weihbischof Franz Vorrath, geworben. Die katholische Kirche sei der Politik in Deutschland sehr dankbar dafür, dass sie sich so engagiert für die dauerhafte Aufnahme besonders schutzbedürftiger irakischer Flüchtlinge eingesetzt habe, sagte er bei einem Willkommens-Gottesdienst. Dies sei ein hoffnungsvoller erster Schritt, der jedoch bei Weitem nicht ausreiche. Beim anschließenden Empfang hob NRW-Integrationsminister Armin Laschet (CDU) hervor, dass gerade die Kirchen in der Vergangenheit einen wesentlichen Anteil daran gehabt hätten, dass sich die Integrationspolitik weiterentwickelt habe. „Hier wird die Willkommenskultur, die Deutschland braucht, gelebt“, sagte der Minister. ◀

Bleiberecht für Flüchtlingskinder gefordert

Münster – Flüchtlingskinder sollen nach Auffassung von Hilfsorganisationen dauerhaft in Deutschland bleiben dür-

fen. Die „Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen“ richtete einen entsprechenden Appell an Landes- und Bundespolitiker. Viele der Kinder lebten seit Jahren hier und seien sozial integriert, sagte der Geschäftsführer der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Georg Bienemann, in Münster. Auch sprächen sie Deutsch oft besser als die Sprache ihrer Eltern. Die Aktionsgemeinschaft wies auf die Ende des Jahres ablaufende Frist der sogenannten Altfallregelung hin. Flüchtlingsfamilien, die bis dahin nicht in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern, drohe der Verlust der Aufenthaltsgenehmigung. ◀ (KNA)

Zu viel Kinderarmut in NRW

Bottrop – Nordrhein-Westfalen muss nach Ansicht von Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) mehr gegen Kinderarmut tun. Zwar sei im Land die Zahl der Heranwachsenden aus einkommensschwachen Familien von 815 000 im Jahr 2005 auf 776 000 im Jahr 2007 gesunken, sagte er beim Besuch des Caritas-Kinderdorfes in Bottrop. „Aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen.“ Die Armuts-

quote liege in NRW noch immer bei rund 24 Prozent. „Und nach wie vor hat sich die Situation in Not geratener Kinder, gerade von Jugendlichen, Alleinerziehenden und Migranten, nicht verbessert“, so Laumann. Als Schritte gegen Kinderarmut nannte der Minister unter anderem die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren, die Versorgung armer Schulkinder mit Mittagessen und die Förderung von Schulabsolventen ohne Lehrstelle. Zudem sollten Hauptschüler eine berufliche Chance in der Altenpflege bekommen. Lernbehinderte seien in die Arbeitswelt zu integrieren, erklärte Laumann. ◀ (KNA)

KKVD: Geerlings wiedergewählt

Münster – Domkapitular Dieter Geerlings (62), Vorsitzender des Caritasverbandes für die Diözese Münster, ist auf der Mitgliederversammlung des Katholischen Krankenhausverbandes Deutschlands (KKVD) in Köln erneut für vier Jahre zum Vorsitzenden gewählt worden. Geerlings hat den Vorsitz seit 2001 inne. Dem KKVD sind 505 katholische Krankenhäuser und Reha-Kliniken angeschlossen. ◀ (cpm)

Caritas vergibt erstmals Kinderrechte-Preis

20 Jahre Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention

Vier katholische Kinder- und Jugendgruppen sind vom Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln mit dem erstmals verliehenen Kinderrechte-Preis „Justine“ geehrt worden.

Die Auszeichnung für besonderes Engagement in Sachen Kinderrechte wurde ihnen in Köln von Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel überreicht. Anlass war die Verabschiedung des „Übereinkommens über die Rechte des Kindes“, kurz Kinderrechtskonvention, durch die Vereinten Nationen vor 20 Jahren. Sie sichert Minderjährigen auf der ganzen Welt Rechte zu, darunter das Recht auf Leben, Bildung und den Schutz vor Missbrauch und Gewalt. Der mit Sachpreisen in Höhe von 1 500 Euro dotierte ers-

te Preis ging an eine Gruppe der Offenen Ganztagschule Max und Moritz in Sankt Augustin. Sie hatte mit einem Film, in dem es um „kusswütige“ Omas und Tanten geht, auf das Selbstbestimmungsrecht von Kindern aufmerksam gemacht. Den zweiten Preis in Höhe von 1 000 Euro erhielt eine Kindergruppe der Offenen Ganztagschule Lindlar-Schmitzhöhe für eine Collage zum Recht auf Eltern. Sie hatte Bilder entworfen zu dem Satz „Wenn sie sich einmal zwei Stunden Zeit nur für mich allein nähmen, dann würde ich mit ihnen ...“. Zwei dritte Preise im Wert von je 750 Euro gingen an die Tagesgruppe Matthias aus Essen für eine Collage zum Recht auf gewaltfreie Erziehung sowie an eine Kindergruppe aus Eitorf

für ein Buch über das Recht auf Eltern. Die Preisverleihung fand im Rahmen der Kölner Domwallfahrt statt. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25;
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrman

Ab-Fragen: Monika Heinemann,
Tel.: 0211/51 60 66 20, E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de
Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-220;

E-Mail: karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

Kirchen erwarten Rückgang bei Kirchensteuern

Bistümer und Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen rechnen mit sinkenden Kirchensteuereinnahmen.

Nach dem Einnahme-Hoch zwischen 2006 und 2008 in Höhe von fast 21 Prozent geht das Erzbistum Köln für dieses Jahr wieder von einem Rückgang um 15 Prozent auf rund 440 Millionen Euro aus. Für 2010 kalkuliert die Erzdiözese mit einem weiteren Rückgang um acht Prozent auf 406 Millionen Euro. Grund ist die möglicherweise steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig zunehmender Kurzarbeit. Nach Medienberichten rechnen auch andere Bistümer und evangelische Landeskirchen in NRW mit weniger Kirchensteuereinnahmen. Laut „Ruhr Nachrichten“ plant das Bistum Essen für 2010 mit einem Minus von bis zu zehn Prozent. Das Erzbistum Paderborn hat bereits angekündigt, für 2010 von einem Rückgang der Kirchensteuer von 315 auf 240 Millionen Euro auszugehen. Das entspricht einem Minus von fast 25 Prozent. ◀

Kommunen müssen Wohnungslosen helfen

Menschen am Rande der Gesellschaft zu helfen ist vorrangig eine Aufgabe der Kommunen im Rahmen der „Daseinsvorsorge“. Vor Ort müssen nach Ansicht des Münsteraner Diözesan-Caritasdirektors Heinz-Josef Kessmann die Strukturen für eine ausreichende und effektive Wohnungslosenhilfe, Schuldner- oder Suchtberatung geschaffen werden.

Im Rahmen einer Pressefahrt der Caritas in NRW zum Jahresthema „Soziale Manieren für eine bessere Gesellschaft“ erklärte er in Marl, dass zwar die offensichtlichen Missstände weitgehend behoben seien und somit eine gute „Erste Hilfe“ geleistet werde. Nach wie vor gebe es aber in nicht geringem Maße insbesondere bei den Frauen verdeckte Wohnungslosigkeit. Für sie müsse das Hilfsangebot ausgebaut und nicht, wie beispielsweise in der Suchtberatung, eingeschränkt werden. Ein Ende der Sparrunden in der Suchtberatung forderte auch der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. Er kritisierte in Marl „die Reduzierung von Personal, die Vergrößerung von Versorgungsgebieten und die dadurch bedingte Verlängerung der Wartezeiten“. Angesichts eines volkswirtschaftlichen Schadens in Höhe von fünf Milliarden Euro pro Jahr allein in Nordrhein-Westfalen sei ein Ausbau von Vorbeuge-Maßnahmen dringend erforderlich. Im Zuge der Kommunalisierung müssten Städte und Gemeinden umfassende Versorgungsstrukturen sicherstellen, so der Vorsitzende der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Sucht (KLAGS). Als besonderes Problem nannte er den Alkoholmissbrauch. Alkohol führe nicht immer und sofort an den Rand der Gesellschaft, sei aber häufig ein Grund dafür. Die Caritas widmet sich 2009 dem Thema „Menschen am Rande“ und nimmt besonders Strafgefangene, Wohnungslose und Menschen an sozialen Brennpunkten in den Blick. ◀